

„ZWEITES DEUTSCHES WIRTSCHAFTSWUNDER“

Vollbeschäftigung in Reichweite

Die deutsche Wirtschaft geht gestärkt aus der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen hervor. In einer Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages am Donnerstag hoben Redner von Union und FDP den Gemeinschaftscharakter dieses Erfolges hervor. So sei etwa das bemerkenswerte Wachstum von 3,6 Prozent im vergangenen Jahr nur durch die gemeinsamen Anstrengungen aller möglich geworden. Hunderttausende hatten sich zwischenzeitlich mit Kurzarbeit begnügt oder mussten eine neue Stelle finden. Doch mittlerweile gilt die Wirtschaftskrise als überwunden. Tatsächlich erreichte die Wirtschaftsleistung bereits wieder das Niveau, auf dem es 2008 gelegen hatte; für dieses und das kommende Jahr erwarten Experten darüber hinaus zusätzliche Wachstumsschübe. Ein wichtiger Indikator dafür ist der Geschäftsklima-Index des Wirtschaftsforschungsinstituts Ifo. Er belegt: Die Unternehmer in Deutschland blicken weiterhin mit größtem Optimismus in die Zukunft und planen die Einstellung weiterer Arbeitskräfte.

Experten erwarten weiteres Wachstum

In ihrem Beitrag zur Aktuellen Stunde stellte die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt, die hervorragende Situation in Bayern heraus. Im Freistaat melden mittlerweile 70 der 96 Kreise und kreisfreien Städte weniger als vier Prozent Arbeitslose. Bayern steht im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit somit an der Spitze des deutschlandweiten Vergleichs. In jedem Regierungsbezirk liegt die Erwerbslosenquote deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, in etlichen Kreisen sind weniger als zwei Prozent der Menschen ohne Arbeit. Ein Erfolg christlich-sozialer Politik, wie Frau Hasselfeldt betonte: „Diese Zahlen sind nicht gottgegeben – auch nicht in Bayern.“

Koalition lehnt unnötige Zusatzkosten ab

Das oppositionelle Linksbündnis konnte in der Aktuellen Stunde keine eigenen Akzente setzen. Auch die Abgeordneten von SPD, Grünen und Linkspartei können nicht leugnen, dass das Ausland sogar vom „zweiten deutschen Wirtschaftswunder“ spricht. Während Union und FDP diese Gemeinschaftsleistung aller Deutschen stärken wollen, fällt die Opposition vor allem durch kontraproduktive Initiativen auf. So forderte die SPD zuletzt eine bürokratische Bürgerversicherung, die die deutsche Wirtschaft pro Jahr mit fünf Milliarden Euro belasten würde. Gleichzeitig sprachen sich die Grünen für eine Vermögensabgabe mit einem Volumen von 100 Milliarden Euro für die kommenden zehn Jahre aus. Doch mit der christlich-liberalen Koalition wird es keine solchen Experimente geben. Insbesondere die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag wird sich auch künftig dafür stark machen, dass der Wirtschaft keine unnötigen Zusatzkosten auferlegt werden.

BUNDESTAG LÄSST PID IN GRENZEN ZU

Abgeordnete folgen ihrem Gewissen

Eltern, deren Erbgut eine schwere Behinderung ihrer Kinder wahrscheinlich macht, können genetisch auffällige Embryonen im Rahmen einer künstlichen Befruchtung verwerfen. Nach mehr als dreistündiger Debatte votierten in der entscheidenden Abstimmung am Donnerstag 306 Abgeordnete für einen entsprechenden Gesetzesentwurf. Für ein Verbot mit enger umrissenen Ausnahmen votierten 58 Parlamentarier. Ein Antrag, der ein konsequentes Verbot der sogenannten Präimplantationsdiagnostik (PID) befürwortete, erhielt 227 Stimmen.

Volkvertreter rangen lange um ihre Entscheidung

Die Debatte über die PID ging damit exakt ein Jahr nach ihrem Beginn zu Ende. Am 06. Juli 2010 hatte der Bundesgerichtshof die allgemein verbreitete Auffassung, dass die PID in Deutschland verboten sei, in Frage gestellt. Bereits im Herbst formierten sich daraufhin drei Gruppen von Bundestagsabgeordneten. Sie erarbeiteten je einen Gesetzesentwurf, um zu verhindern, dass es zu einer völligen Freigabe der PID käme. Die Parlamentarier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sahen sich hinsichtlich dieser Frage des Schutzes menschlichen Lebens in einer besonderen Verantwortung. Im April wurden die drei Anträge erstmals im Bundestag beraten, nun fiel die Entscheidung.

In der Debatte, die der Abstimmung vorausging, plädierten Redner aller Fraktionen für ein konsequentes Verbot der PID. Sie sprachen sich gegen die Unterscheidung von vermeintlich „lebenswertem“ und „lebensunwertem“ Leben aus. Beobachter zeigten sich vor allem vom Beitrag Dr. Ilja Seiferts, eines Abgeordneten der Linkspartei, der selbst im Rollstuhl sitzt, beeindruckt. Auch die Rede der CDU-Abgeordneten Maria Michalk fand viel Beachtung. Sie berichtete von den Tot- und Fehlgeburten, die sie erlitten hatte, und plädierte ebenfalls für ein klares Verbot der PID: „Hätte es damals die PID gegeben, hätte ich mein Kind nie in der Hand gehalten.“

Begrenzte Zulassung: Nur in Ausnahmefällen, nur nach Beratung

Doch auch die 306 Abgeordneten aus allen Fraktionen, die für eine begrenzte Zulassung der PID stimmten, folgten ihrem Gewissen. Ihre Vertreter stellten in der Debatte das Leid der Eltern in den Vordergrund, deren Kinder früh sterben oder mit einer schweren Behinderung leben. Dieses Leid gelte es zu verhindern. „Nur eine Ethik des Helfens macht unsere Gesellschaft menschlicher“, betonte der ehemalige CDU-Generalsekretär Peter Hintze. Der von ihm mitgestaltete Gesetzesentwurf fand schließlich die notwendige Mehrheit unter den Abgeordneten. Bei einem hohen Risiko auf eine schwere Erkrankung der Kinder können Eltern künftig eine PID durchführen. Der Untersuchung müssen jedoch eine Beratung der Mutter sowie ein Votum einer Ethik-Kommission vorangehen. Vier Mitglieder der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag stimmten mit Hintze, zwei für eine stärker beschränkte Zulassung und 34 gegen die Zulassung der PID.